



Dienstag, 19. Februar 1985

Blatt 380

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Vermehrung des Krankenpflegepersonals

Politik:
(rosa)

Zilk will mit Ludwig über SMZ-Ost verhandeln

Kommunal:
(rosa)

Psychoanalytisch-pädagogische Beratungsstelle
im Anna-Freud-Kindergarten
Wiener "Verkehrssicherheitscomputer" auf der
"Zweirad '85"
Terminübersicht vom 20. Februar bis 1. März
Busek: ÖVP strebt Einvernehmen bei Wohnbau-
Verordnungen an
Neue Werbekampagne für den Krankenpflegeberuf
Mehr Behinderte in den Dienst der Gemeinde Wien
Gefährdungsabschätzung für den Rautenweg

Nur
über FS:

Ein Toter in der U-Bahn-Toilette

.....
Bereits am 18. Februar 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Vermehrung des Krankenpflegepersonals (1)

Utl.: Schülerzahlen nahezu vervierfacht

=++++

13 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Mangelnde Information warf Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Montag der öVP-Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS und öVP-Gemeinderat Univ.-Prof. Dr. Otto WAGNER im Zusammenhang mit dem von ihnen erhobenen Vorwurf vor, er Stacher, habe in den letzten Jahren nichts gegen den Schwesternmangel unternommen. Laut Stacher konnte vielmehr in den letzten Jahren auf Grund der forcierten Bemühungen das Pflegepersonal in den Städtischen Spitälern von 6.767 Krankenschwestern im Jahr 1974 auf 9.200 Krankenschwestern und -pfleger erhöht und die Schülerzahlen von 560 im Jahre 1974 auf 2.124 nahezu vervierfacht werden.

Im Detail nannte der Gesundheitsstadtrat folgende Maßnahmen:

- o Da in letzter Zeit die Rückwanderung von Nichtwiener Diplomkrankenschwestern zugenommen hat, wurde versucht, mehr Schülerinnen und Schüler aus Wien in die städtischen Krankenpflegeschulen aufzunehmen.
- o In den Bundesländern wurde verstärkt um diplomiertes Krankenpflegepersonal geworben.
- o Auf Grund einer Weisung werden ab März wieder verstärkt Stationsgehilfen aufgenommen.
- o Im Sommer wird die Zahl der Studenten, die im Krankenpflegeberuf tätig sind, wesentlich angehoben.
- o Die ins Leben gerufene Aktion "Ärzte im Pflegedienst" für frisch promovierte Ärzte wird ebenfalls verstärkt fortgesetzt werden.
- o Vor kurzem wurde außerdem mit einer neuen forcierten Werbekampagne für den Krankenpflegeberuf in Wien begonnen. (Forts.) zi/bs

NNNN

.....
Bereits am 18. Februar 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Vermehrung des Krankenpflegepersonals (2)

Utl.: Unverständliche Forderungen

=++++

14 Wien, 18.2. (RK-KOMMUNAL) Darüber hinaus wies Stadtrat Stacher aber auch auf die gerade in den letzten Jahren forcierte Werbung für den männlichen Diplompfleger sowie auf die vor kurzem von ihm durchgeführte Enquete über "Die Zukunft der Krankenpflegeausbildung" hin, von wo seitens der öVP offensichtlich auch die genannten Zahlen stammen. Als unverständlich bezeichnete der Gesundheitsstadtrat die von der öVP gleichzeitig aufgestellten Forderungen, einerseits Zulagen für Intensivstationen auch dann weiterzugeben, wenn die betreffende Diplomschwester bereits wieder auf einer Normalstation Dienst macht und andererseits die Gewährung von "temporären" Mehrdienstentschädigungen. Seiner Meinung nach widersprechen einander diese beiden Forderungen. Darüber hinaus sei aber auch unverständlich, wenn ein zusätzlicher "Springerinnen-Pool" und eine Arbeitszeitverkürzung verlangt werden, in einer Situation, in der bekanntlich zu wenig Schwestern für den normalen Betrieb vorhanden sind.

Zwtl.: Teilzeitbeschäftigtes Krankenpflegepersonal

Zu der von der öVP erhobenen Forderung, auch teilzeitbeschäftigte Krankenschwestern einzusetzen, stellte Univ.-Prof. Dr. Stacher fest, daß dies bereits seit längerer Zeit geschieht. Als unverständlich bezeichnete Stacher aber auch die Feststellung, bei vorhandenem Fachpersonalmangel wäre es im Notfall besser, weniger Abteilungen voll ausgestattet zu führen. Nach Meinung der öVP sollten hier also offensichtlich Abteilungen gesperrt werden. Geschieht dies im Sommer tatsächlich, herrscht seitens der öVP stets große Aufregung.

Abschließend meinte der Stadtrat, daß die öVP besser beraten wäre, mit ihm gemeinsam die Probleme zu lösen, als unrichtige Behauptungen aus mangelnder Information aufzustellen. (Schluß) zi/bs

NNNN

Psychoanalytisch-pädagogische Beratungsstelle im Anna-Freud-
Kindergarten

=++++

1 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Die neueröffnete psychoanalytisch-pädagogische Beratungsstelle im Anna-Freud-Kindergarten, 18, Gersthofer Straße 125 - 129, ist die achte Ambulanz, die an ein Kindertagesheim der Stadt Wien angeschlossen ist.

Plötzlich auftretende, stark belastende Lebenssituationen in Familien mit Kleinkindern können in diesen Beratungsstellen mit Hilfe von Psychologen, Kindergärtnern und Ärzten entschärft werden. Spezielle Erkenntnisse der psychoanalytischen Pädagogik finden z. B. bei Eingewöhnungsschwierigkeiten in den Kindergarten oder bei der Vorbereitung auf die Geburt eines Geschwisterkindes Anwendung und bieten den Eltern Hilfen zur erzieherischen Bewältigung von Ausnahmesituationen. Die Mitarbeiter stehen jeden Dienstag von 14 bis 17 Uhr unter der Telefonnummer 47 45 502 zur Verfügung.
(Schluß) je/gg

NNNN

Wiener "Verkehrssicherheitscomputer" auf der "Zweirad '85" (1)

Utl.: Verkehrssicherheitstechniker geben Auskunft

=++++

2 #Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Motto "Wir arbeiten für Sie - wir sichern das Straßennetz" steht ein Informationsstand des Wiener Verkehrssicherheitsreferats in der Ausstellung "Zweirad '85", die im Rahmen der Wiener Freizeitmesse vom 20. bis zum 24. Februar, jeweils von 10 bis 18 Uhr, im Messegelände stattfindet. Die Techniker der für die Verkehrsorganisation zuständigen Magistratsabteilung 46 haben dort Bildschirmgeräte aufgestellt, die mit dem Verkehrssicherheitscomputer in der Automatischen Datenverarbeitung der Stadt Wien verbunden sind. Messebesucher können vom Computer das Unfallgeschehen auf bestimmten Wiener Kreuzungen abfragen.#

Im Verkehrssicherheitscomputer - wahrscheinlich der erste in einer europäischen Großstadt - sind derzeit mehr als 30.000 Verkehrsunfälle mit Personenschaden gespeichert, die sich seit Anfang 1981 in Wien ereignet haben. Der rasche Zugriff zu den Unfalldaten ist wichtig für die ständige Überprüfung der Sicherheitsverhältnisse auf den Wiener Straßen, aber auch für die Planung neuer Straßenzüge, neuer Verkehrsregelungen oder neuer Verkehrslichtsignalanlagen.

Auf den Bildschirmgeräten in der "Zweirad '85" kann man aber auch feststellen, wie sehr gezielte Verkehrssicherheitsmaßnahmen auf Unfallkreuzungen zu einer wesentlichen Senkung der Zahl der Unfälle, der Toten und der Verletzten beigetragen haben. (Forts.) sc/ko

Wiener "Verkehrssicherheitscomputer" auf der "Zweirad '85" (2)

Utl.: Helmträger leben länger

=++++

3 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Wie Bautenstadtrat Roman RAUTNER der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilte, liefert der Verkehrssicherheitscomputer aber auch wichtige statistische Auswertungen des Unfallgeschehens. So hat zum Beispiel die Helmtragequote der Zweiradfahrer in Wien von 1981 bis 1984 - also noch vor der Einführung der Helmpflicht - zugenommen: bei den Motorradfahrern von 49 auf 62 Prozent, bei den Kleinmotorradfahrern von 40 auf 50 Prozent, bei den Mopedfahrern allerdings nur von 23 auf 27 Prozent.

Wie sehr der Schutzhelm lebensrettend sein kann, beweist eine andere Auswertung. Bei einer jeweils gleichen Anzahl von Zweiradlenkern, die einen Unfall mit Personenschaden erlitten, gab es bei den Motorradlenkern, die einen Helm trugen, ein Drittel weniger Todesfälle als bei jenen, die keinen Helm trugen. Bei den Mopedlenkern mit Helm gab es sogar nur die Hälfte der Todesfälle, die bei Mopedlenkern ohne Helm zu verzeichnen waren. Auch die Zahl der Schwerverletzten war unter den Helmträgern geringer als unter den "Helmmuffeln". (Schluß) sc/gg

Terminübersicht vom 20. Februar bis 1. März (1)

=++++

5 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Für die Zeit vom 20. Februar bis 1. März hat die "RATHAUSKORRESPONDENZ" folgende Termine vorgemerkt:

MITTWOCH, 20. FEBRUAR:

- 11.00 Uhr, Pressekonferenz zum "Internationalen Jahr der Jugend in Wien" mit Stadtrat Smejkal und Prof. Matzenauer (PID)
14.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Stadtentwicklung und Stadterneuerung

DONNERSTAG, 21. FEBRUAR:

- 9.30 Uhr, Eröffnung eines Kindertagesheimes der Stadt Wien durch Stadtrat Smejkal (21, Oswald Redlich-Gasse 36/Stg. 5)
10.00 Uhr, Überreichung des Silbernen Ehrenzeichens für Verdienste um das Land Wien an Dr. Friedrich Albert, Dr. Artur Blaschke, Dr. Oskar Floch und Dr. Franz Romstorfer (alle: öffentliche Notare) durch Stadtrat Seidl (Steinerner Saal Rathaus)
10.00 Uhr, Presseführung "Josephinische Pfarrgründungen in Wien" (Historisches Museum der Stadt Wien, Karlsplatz)
15.00 Uhr, Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Wien von S.E. Vorsitzender des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik György Lazar (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)
19.00 Uhr, Pressekonferenz Stadtrat Mrkvicka über die Durchführung des 2. Wiener Frühlingsmarathons und -laufs am 31. März 1985 (Hotel Intercontinental, Salon Rotisserie, 3, Johannesgasse 28)

FREITAG, 22. FEBRUAR:

- ab 9 Uhr, Wiener Landtag und Gemeinderat
19.30 Uhr, Eröffnung "Literatur im März" (Museum für angewandte Kunst)

SONNTAG, 24. FEBRUAR:

Familiensonntag

MONTAG, 25. FEBRUAR:

- 11.30 Uhr, Überreichung des Silbernen Verdienstzeichens des Landes Wien an Marianne Chuchlik durch Bürgermeister Dr. Zilk (Arbeitszimmer, Bürgermeister)

(Forts.) gal/bs

Terminübersicht vom 20. Februar bis 1. März (2)

=++++

6 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL)

DIENSTAG, 26. FEBRUAR:

11.30 Uhr, Pressekonferenz des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 27. FEBRUAR:

10.30 Uhr, Überreichung des Großen Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um das Land Wien an Präsident Adolf Czettel durch Bürgermeister Dr. Zilk (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

18.30 Uhr, Pressekonferenz Stadtrat Hatzl (Gasthaus Pistauer, 11, Ravelinstraße 3)

DONNERSTAG, 28. FEBRUAR:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

12.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur und Sport

FREITAG, 1. MÄRZ:

12.00 Uhr, Pressekonferenz über "Kindertelefon" mit Bundesminister Gertrude Fröhlich-Sandner und Stadtrat Smejkal (PID)

14.00 Uhr, Überreichung des Großen Silbernen Ehrenzeichens für Verdienste um das Land Wien an den kfm. Vizedirektor der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe OSR i.R. Dr. Friedrich Wilhelm durch Stadtrat Hatzl (Arbeitszimmer, StR. Hatzl)

(Schluß) gal/bs

NNNN

Busek: ÖVP strebt Einvernehmen bei Wohnbau-Verordnungen an
=++++

7 Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Die Wiener ÖVP habe die Bundeswohnbaugesetze, die am 1. Jänner in Kraft getreten sind, abgelehnt, dennoch strebe sie bei den Verhandlungen über die auf Landesebene dazu notwendigen Verordnungen eine einvernehmliche Lösung an, erklärten Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK und Landtagsabgeordneter Dr. Wolfgang PETRIK Montag abend im Rahmen eines Pressegesprächs. In einigen Punkten zeichne sich ein solches Einvernehmen bereits ab, es gebe aber auch noch eine Reihe offener Punkte. So verlange die ÖVP die Gleichbehandlung von Eigentumswohnungen bei der Wohnbeihilfenregelung (während die SPÖ derzeit nur 50 Prozent gewähren wolle), höhere Einkommensgrenzen für die Gewährung eines Eigenmittellersatzdarlehens als von der SPÖ in den Verhandlungen vorgeschlagen, die Sicherstellung, daß bei Eigentumsübertragung die Förderungsmittel nicht vorzeitig fälliggestellt werden sowie höhere Annuitätensätze bei der Sanierung. (Schluß) ger/gg

NNNN

Zilk will mit Ludwig über SMZ-Ost verhandeln

Utl.: Verpflichtung Niederösterreichs, für seine Bürger finanziell vorzusorgen

=++++

9 #Wien, 19.2. (RK-POLITIK) Nachdem auch der Wiener Stadtsenat heute, Dienstag, mit den Stimmen der SPÖ beschlossen hat, vom Vertrag mit Niederösterreich über den Bau des SMZ-Ost zurückzutreten, erklärte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in seinem anschließenden wöchentlichen Pressegespräch, er wolle noch vor dem Beschluß im Wiener Gemeinderat Gespräche mit dem niederösterreichischen Landeshauptmann Ludwig führen. #

Nach Zilk ist es kein unüblicher Vorgang, daß Vereinbarungen nach einer längeren Frist einer Neuordnung bedürfen, wenn sich die Bedingungen und Voraussetzungen geändert haben. Geändert hat sich, so Vizebürgermeister Hans MAYR im Pressegespräch, daß Anfang der 70er Jahre der Bund den Abgang der Spitäler deckte. Heute ist man dabei, auf eine leistungsbezogene Bezahlung überzugehen. Wien kann daher heute nicht akzeptieren, daß das Bundesland Niederösterreich seiner verfassungsmäßigen Pflicht, finanziell für seine Bürger vorzusorgen, nicht nachkommt und diese Aufgabe auf Wien überwälzen möchte. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER ergänzte, daß der Vertrag auch medizinisch nicht haltbar ist. Sollte man niederösterreichische Patienten nur deswegen in das SMZ-Ost schicken, weil dort für Niederösterreicher 200 Betten bereitstehen, obwohl die Behandlung in einem anderen Wiener Spital sinnvoller wäre, stellte Stacher zur Diskussion. Das Beispiel zeigt, daß eine medizinische Abgrenzung in der Praxis nicht möglich ist, erklärte Stacher.

Alle drei Wiener Politiker betonten, daß Wien schon jetzt rund 2.000 Betten für niederösterreichische Patienten bereitstellt und daß die Kosten daraus, mindestens 1.000 Schilling pro Tag und Bett der Wiener Steuerzahler trägt. Im Interesse der Wiener Steuerzahler kann eine Fortsetzung dieser Praxis nicht akzeptiert werden. Wien muß daher das Land Niederösterreich auf seine verfassungsmäßige Pflicht erinnern, erklärte man Dienstag im Wiener Rathaus. (Schluß) sei/gg

NNNN

Neue Werbekampagne für den Krankenpflegeberuf

Utl.: Medizinische Versorgung nicht gefährdet

=++++

11 #Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Als falsch bezeichnete Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dienstag im Rahmen des Bürgermeister-Pressegesprächs die von ÖVP-Mandataren am Montag aufgestellte Behauptung, die medizinische Versorgung in Wien sei durch den bestehenden Schwesternmangel gefährdet. Der Stadtrat wies bei dieser Gelegenheit aber auch die Behauptung zurück, daß zur Behebung dieses Schwesternmangels in den letzten Jahren nichts unternommen worden sei: Im Gegensatz zu dieser Behauptung konnte auf Grund der forcierten Bemühungen die Zahl des Pflegepersonals in den städtischen Spitälern in den letzten Jahren um rund 1.700 Krankenschwestern und -pfleger erhöht werden.#

Zwtl.: Abwanderung in die anderen Bundesländer

Stacher hob im besonderen die Tatsache hervor, daß gerade in den letzten Jahren viele "Bundesländer-Schwestern" wieder in die umliegenden Bundesländer abgewandert sind. So hat gerade in letzter Zeit die Zahl der Operations- und Intensiv-Schwestern aus diesem Grund stark abgenommen. Dies ist, wie Stacher erklärte, vor allem darauf zurückzuführen, daß es in Österreich nach wie vor zu wenig Ausbildungsstellen für den Pflegeberuf gibt. Dementsprechend beträgt der Anteil der Schülerinnen und Schüler aus den anderen Bundesländern in den städtischen Krankenpflegeschulen 50 Prozent (vor einigen Jahren noch 80 Prozent). Zur Verbesserung dieser Situation wurde deshalb vor kurzem mit einer neuen verstärkten Werbekampagne für den Krankenpflegeberuf begonnen.

Das von der Wiener ÖVP vorgeschlagene "Not- und Sofortprogramm" bezeichnete Stacher als billige Propaganda, da die darin enthaltenen Forderungen, wie etwa die Einstellung von Stationsgehilfen, der Einsatz von Studenten usw. im Rahmen des durchgeführten Maßnahmenpaketes längst realisiert wurden. (Schluß) zi/gg

NNNN

Mehr Behinderte in den Dienst der Gemeinde Wien

=++++

12 #Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Derzeit beschäftigt die Gemeinde Wien 150 Behinderte über den Dienstpostenplan hinaus. Das sei der Stadtverwaltung jedoch in Anbetracht der wirtschaftlichen und der sozialen Lage der Behinderten zu wenig, erklärte Personalstadtrat Friederike SEIDL Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Sie habe daher gemeinsam mit der Behindertenkommission nach Möglichkeiten gesucht, mehr Behinderte in den Dienst der Stadt Wien aufzunehmen. Mit Erfolg: in den nächsten Wochen werden weitere 50 Behinderte Arbeit bei der Gemeinde bekommen.#

Stadtrat Seidl veranlaßte, daß sämtliche Dienststellen um Bekanntgabe gebeten wurden, ob es Stellen gäbe, die durch Behinderte besetzt werden könnten. Die Reaktionen waren durchaus positiv. Den Wünschen konnte jedoch nur beschränkt entsprochen werden, weil von manchen Bewerbern einzelne Anforderungen nicht erfüllt werden können bzw. weil die Ausbildung der Bewerber nicht den Anforderungen entspricht.

Zwtl.: Fortbildung durch Kurse

In der gemeindeeigenen Berufsschule in der Castelligasse im 5. Bezirk werden seit Jahren alle Bürokaufmannslehrlinge der Stadt Wien ausgebildet. Da sich die Zahl dieser Lehrlinge in den kommenden Jahren reduziert, wird in dieser Schule Platz frei, der für Fortbildungskurse genützt werden soll, in denen sich Behinderte die für ihre Verwendung notwendigen Fertigkeiten und Unterrichtsinhalte aneignen können. In Gesprächen mit dem Landesschulrat, der Behindertenkommission und auch mit Behindertenverbänden wird Stadtrat Seidl in nächster Zeit Wege zur Verwirklichung dieses Vorhabens suchen. Die Bauordnungsnovelle, die derzeit vorbereitet wird, nimmt auf die Bedürfnisse der Behinderten verstärkt Rücksicht. (Schluß) lei/ko

NNNN

Gefährdungsabschätzung für den Rautenweg

=++++

13 #Wien, 19.2. (RK-KOMMUNAL) Die Frage der Sanierung der Deponie Rautenweg wurde auch im Rahmen des EBS-Arbeitskreises behandelt. Die Unterlagen von Dipl.-Ing. DDr. Wolfgang Strunz zur Totalsanierung sind akzeptiert. Obwohl außerdem feststeht, daß die Deponie Rautenweg in 1,5 bis 3,5 m Entfernung zum Grundwasserspiegel liegt (und selbst bei einem seit 20 Jahren nicht mehr erreichten Höchstwasserstand noch mindestens 30 cm zwischen Wasser und Deponie liegen) und das Grundwasser durch Sonden ständig kontrolliert wird, soll nun eine Arbeitsgruppe der Technischen Universität Wien eine Gefährdungsabschätzung durchführen: das betonte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Braun wies außerdem darauf hin, daß bei eventuellen Grundwasserbeeinträchtigungen durch den Rautenweg - was bisher nicht der Fall ist - sofort Spundwände errichtet werden müssen, um abzudichten. Diese Maßnahme ist auch im bereits erteilten Baubewilligungsbescheid enthalten. Außerdem wies der Umweltstadtrat darauf hin, daß sich unter den Experten niemand - auch nicht internationale Fachleute - für ein Aufmachen und Umschichten der Deponie ausspricht.

Zwtl.: Neue Donau derzeit nicht zum Eislaufen geeignet

Bedingt durch das Hochwasser vor wenigen Tagen ist derzeit der Grundwasserspiegel im Bereich Neue Donau in Bewegung. Da das Grundwasser derzeit sinkt, bricht jedoch die Eisdecke am Rand auf, ebenso bilden sich Hohlräume. Die Eisdecke ist daher zur Zeit nicht benutzbar. Sobald sich der Grundwasserspiegel stabilisiert hat und das Eis wieder tragfähig ist, wird die Neue Donau selbstverständlich wieder zur Benützung freigegeben. Darauf wies der Leiter der Koordinationsstelle Donaubereich Wien, Dipl.-Ing. Bruno Domany, Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters hin. (Schluß) hs/bs

NNNN